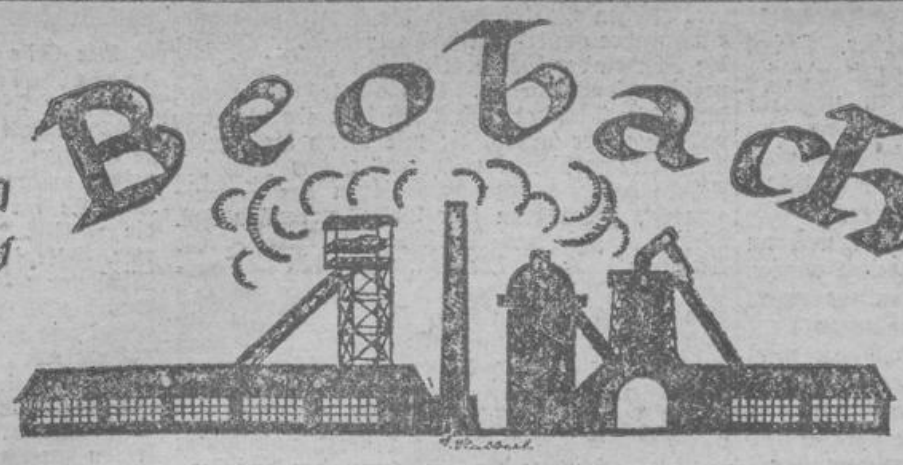
Der Beobachter.



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet vierteljährlich Mk. 2.10 ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird beteilt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle Brüderweg 1 und der Druckerei Obergraben 51.	Samstag, 12. Juni 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30 bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	24. Folge

Die Wahlen vom 6. Juni.

Ein vollkommener politischer Niederbruch der Regierungsparteien — mit diesem einen Wort läßt sich das Wahlergebnis vollkommen zutreffend zusammenfassen. Die Wähler haben so deutlich gesprochen, daß die Geschlagenen nicht einmal den Versuch wagen, ihre ungeheuere Niederlage zu verschleiern. Man schimpft allenfalls auf den politischen Gegner, ganz so wie man es in den letzten Wochen und Monaten tagaus, tagein getan hat. Man verweist auf eine ferne, unbestimmte Zukunft, in der die gute, in der die gerechte Sache doch wieder einmal siegen werde. Aber man beugt sich unter der niederschmetternden Gewalt der Wahlziffern, im ersten Augenblick wenigstens, unter die Macht der Tatsachen, und gibt offen zu, daß der Sieg der beiden rechtsstehenden Parteien alle Befürchtungen der heutigen Regierungskoalition weit übertroffen hat. Man macht sogar das Zugeständnis, Fehler begangen zu haben, die in Zukunft vermieden werden müßten. Die Parteien der Mitte, wie die um die Sozialdemokratie herum gruppierte Koalition sich selbst jetzt gern bezeichnet, sind von den Wählern in ein furchtbares Strafgericht genommen worden. Zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen hat sich das Zahlenverhältnis gegenüber dem Januar 1919 nahezu vollständig umgekehrt. Der Hauptschlag hat aber die Deutschdemokratische Partei getroffen, während das Zentrum seine parlamentarische Machtstellung auch diesmal, in der Hauptsache wenigstens, noch gewahrt hat. Aber wenn einzelne Meldungen aus dem Reich davon sprechen, daß die Demokratische Partei geradezu dezimiert worden ist, so trifft dieser Ausdruck den Nagel auf den Kopf. Ihre Wortführer haben das Menschenmögliche geleistet in der gegenseitigen Verärgerung und Verhetzung des deutschen Volkes; die unselige Selbstzerfleischung der Nation — unter den Augen einer triumphierenden Feindeswelt, die diesem unsäglichen Schauspiel als lachender Dritter mit schmunzelndem Behagen zusah —, wäre niemals soweit gediehen, wenn gerade die Demokratische Partei nicht geflissentlich alle Beziehungen nach rechts hin immer und immer wieder zerstört hätte. Mag sie dabei pure Liebedienerei gegen die sozialistische Linke, mag sie die aufrichtige Ueberzeugung von der Unmöglichkeit einer Verständigung nach rechts hin geleitet haben, das Volk war in jedem Falle dieses Treibens mit seinen unheilvollen Folgen überdrüssig geworden, und für jeden, der sehen konnte, stand es unzweifelhaft fest, daß es hier unbedingt einen Riegel vorschieben würde. Die Regierungsparteien sahen das Unglück kommen, das ihnen drohte, und haben wahrlich kein Mittel unversucht gelassen, um es anzuwenden. Es hat alles nichts geholfen. Der Wille des Volkes hat sich durchgesetzt, und er wird sich, man mag sich dagegen soviel sträuben, wie man wolle, auch bei der unumgänglichen Neuorientierung unserer Politik durchzusetzen wissen. Die Parteien, über die der Stab gebrochen worden ist, werden sich fortan in die bescheidenere Rolle fügen müssen, die ihnen zukommt, während diejenigen Parteien, denen das Vertrauen des deutschen Volkes sichtbarlichst zugetragen wurde, von nun an mit erhöhter Verantwortlichkeit belastet sein werden. Ohne eine neue Koalitionsbildung wird es selbstverständlich auch im neuen Reichstage nicht abgehen. Nur darf man wohl voraussehen, daß sie den veränderten Machtverhältnissen der Parteien in gebührendem Maße Rechnung tragen wird. Die rechtsstehenden Parteien, die alle Ursache haben, auf den Wahltag mit großer Befriedigung zurückblicken, werden sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß ihnen nun erst recht schwere Zeiten bevorstehen, aber der Beweis mußte einmal erbracht werden, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, über sie, so wie bisher beliebt wurde, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Ihr überraschend starker Wahlerfolg bedeutet eine wesentliche Kräftigung der Stellung des gesamten Bürgertums in Stadt und Land. Er wird dazu beitragen, das notwendige Gleichgewicht zwischen den schaffenden Ständen, das unter der nichts weniger als glorreichen Herrschaft einseitiger Demokratenwillkür vollkommen verlorengegangen war, einigermaßen wiederherzustellen. Nur auf diesem Wege können wir in Deutschland wieder gesundere Verhältnisse schaffen.

So ist der Anfang zur Umkehr getan. Es wird noch schwere Arbeit kosten, um von hier aus weiterzubauen an der Wiederaufrichtung des Reiches, seines geistigen, seines sittlichen und seines wirtschaftlichen Lebens. Freuen wir uns fürs erste, daß dieser Anfang wenigstens gemacht worden ist.

Beginnende Klärung.

Je mehr sich das Bild rundet und je besser sich das Wahlergebnis im ganzen Reiche überblicken läßt, um so mehr ergibt es sich, daß sich fast überall derselbe Akt der Stimmenverschiebung vollzogen hat: die Demokratische Partei, die in den ersten Monaten der Revolution die große liberale Partei der bürgerlichen Einigung gewesen ist, und die das hätte bleiben können, wenn nicht Unduldsamkeit und politische Kurzsichtigkeit diese scheinbar festgeschlossene bürgerliche Einheitsfront alsbald wieder zu lockern begonnen hätte, die Demokratische Partei hat sich wieder in ihre Bestandteile, des alten Freisinns und der alten Nationalliberalen, aufgelöst. Diese haben in der Deutschen Volkspartei einen gewaltigen Wahlerfolg zu verzeichnen, jene bilden nach Abfluß solcher Wählermassen einen Restbestand der Demokratischen Partei, die sich voraussichtlich als ein Fähnlein der sieben Aufrechten fortan noch enger um das Banner des „Berliner Tageblattes" scharen wird. Wenn dieses Blatt heute darüber klagt, die „Demokratie sei von hinten erdolcht" worden und mit dieser abgedroschenen Redensart zornig die Faust gegen die fahnenflüchtigen Wähler schüttelt, „die den Grundsätzen der Demokratie untreu geworden" seien, so heißt das doch den müden Klepper des Prinzips am Schwanze aufzäumen. Nicht die Anhänger dieser Partei mit dem schönen Namen, sondern die Demokratie ist ihren Grundsätzen untreu geworden und deshalb sind die Wähler, die während eines Jahres die großen Worte der Demokratischen Partei mit ihren kleinen Taten zu vergleichen genugsam Anlaß gehabt haben, in hellen Scharen zur Deutschen Volkspartei hinüber gewandert. Mit vollem Recht macht die Wählerschaft die Demokratie als mitregierende Partei mitverantwortlich für unseren politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch, wie er in dem Stillstand unseres Wirtschaftslebens und in einer Papiergeldmasse von 65 Milliarden nach anderthalb Jahren, die dem Wiederaufbau gewidmet sein sollten, so sprechend zum Ausdruck kommt. Es ist auch nicht der „Dusel" der Deutschen Volkspartei, die ihr den gewaltigen Wahlerfolg gebracht hat, Zufallstreffer wie in einer Lotterie mag es bei Ministerernennungen geben, aber nicht bei einer Volksabstimmung, die ein jeder ruhig und nach reiflicher Ueberlegung vollzieht.

Die Deutsche Volkspartei hat einen Zuwachs von Stimmen und Mandaten erhalten, der wohl ihre kühnsten Erwartungen übertroffen hat. Aber gerade dieser Besitz an Mandaten schließt die nicht genug zu betonende Verpflichtung in sich, den Grundsätzen, die sie im Wahlkampfe auf-

An unsere Parteifreunde!

Der Wahltag des 6. Juni ist vorüber. Er hat unserer Partei einen großen Erfolg gebracht, indem sie die Zahl ihrer Abgeordneten ungefähr verdreifacht hat.

Wenn auch unser heimischer Kandidat nicht in den Reichstag einzieht, so sind doch aussichtsreiche Nachrückmöglichkeiten vorhanden.

Anderseits zeigen die Wahlergebnisse in unserem engeren Bezirk, wo noch Hand angelegt werden muß. In emsiger Kleinarbeit gilt es für unsere Partei, auf dem so glücklich beschrittenen Wege weiter vorwärts zu schreiten zum Wohle nicht so sehr der Partei als zum Heile des Vaterlands.

Den vielen Helferinnen aber und Helfern in Stadt und Land, die uns in stiller oder öffentlicher Tätigkeit bei der Wahlvorbereitung unterstützt haben, sei hiermit der Dank der Partei abgestattet. Wir werden ihrer Mitarbeit auch in Zukunft bedürfen.

Dank aber sei auch allen Parteifreunden, die durch ihre Beiträge unsern Wahlschatz haben aufbauen helfen! Zum Kampfe braucht man Geld, und deshalb ergeht erneut an alle unsere Freunde die Bitte: Erlahmt nicht in Eurer Opferwilligkeit, steuert noch weiter zu unserem Wahlschatz bei, jeder nach seinen Kräften!

Als junge Partei sind wir in die Oeffentlichkeit getreten, auf unserem Erfolg dürfen wir nicht ausruhen, sondern wollen ihn in zäher Arbeit ausbauen.

Der Wiederaufbau auf allen Gebieten bleibt nach wie vor unsere Losung.

Den Glauben daran wollen wir nicht nur fühlen in heißer Brust, sondern ihn, Kraft und Mut schöpfend aus dem Ergebnis des 6. Juni, in tatfroher Gemeinschaftsarbeit umsetzen in die Tat!

Vorwärts einer lichteren Zukunft entgegen!

Siegen i. W., 8. Juni 1920.

Der geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei für das Siegerland und angeschlossene Bezirke.

---

gestellt hat und denen sie — besonders da, wo sie sich im Gegensatz zu der persönlich gehässigen Kampfweise anderer Parteien auf eine rein sachliche Agitation beschränkt hat — den großen Zulauf von Wählern verdankt, getreu zu bleiben und sie in die Tat umzusetzen. Und diese Taten können nur auf dem Wege liegen, den die Partei sich beispielsweise in Köln am Vorabend der Wahl selber vorgezeichnet hat, indem sie sich als die große liberale Mittelpartei bezeichnet hat. Das „Berliner Tageblatt" stöhnt über die „demokratischen" Frauen, die in bedauerlicher Resignation eine Flucht auf die reaktionäre Seite vollzogen hätten, und dieses demokratische Organ rührt damit an einer Saite, die mit der Einführung des Wahlrechts der Frauen immer wieder klingen und andere mitschwingen lassen wird. Männer, die sich damit abgefunden haben, daß das politische Leben eine Kette von Kompromissen ist, kann man davon überzeugen, daß diese oder jene Konzession nötig gewesen sei. Das instinktive Gefühl der Frau läßt sich nicht täuschen, sie hat ein schwer zu täuschendes Empfinden dafür, ob einer ein rechter Kerl sei, der, wenn nötig, auch einmal mit der Faust auf den Tisch schlagen kann. Und solche Empfindungen der Frau, die in einer „Zeit der Schufte, in dieser Zeit von Salz und Brot", wie Theodor Storm einmal sagt, ihre Stimme immer dem geben wird, von dem sie erwartet, daß er sich wie ein rechter Kerl verhalten wird, sind wohl beachtlich in einer Zeit, da die Hälfte der Wahlstimmen von Frauen abgegeben wird. Wir wiesen schon einmal darauf hin, als die Möglichkeit einer Reichspräsidentschaft Hindenburgs vorübergehend auftauchte, daß ihm, dessen Bild in jedem deutschen Hause hängt, ein großer Teil der weiblichen Stimmen von vornherein sicher sei.

Der Stimmenverlust an den sozialdemokratischen Radikalismus, der ein Gegenstück bildet zu der Abwanderung der Wählerschaft aus der Demokratischen Partei, trifft die derzeitige Regierung weder unverdient noch unerwartet. Es sind die Sünden der Scheidemannschen Politik, die sich verhängnisvoll rächen. Und auf legalem Wege, durch den Wahlzettel hat sich hier ein Vorgang vollzogen, der denen, die mit ihrem Unterzeichnen! Unterzeichnen! uns unter das Joch der Feinde gebracht, uns zu Sklaven der Entente gemacht, politisch in den Sattel verholfen hat. Wenn sozialdemokratische Blätter als Ergebnis des Wahlganges am Sonntag „die Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie — und die Zuspitzung des Klassengegensatzes der Besitzenden und der Besitzlosen" buchen, so fälschen sie die Tatsachen. Dank der gewaltigen Steigerung der Löhne der Arbeiterschaft, die sich rund auf das achtfache der Friedenslöhne beläuft, und hinter der die Steigerung der Einkommen der Angestellten und Beamten, des Kleinbürgertums und gar der geistigen Arbeiter und der Kleinrentner und Pensionäre weit zurückgeblieben sind, die in der Hauptsache die Masse der Wähler auf bürgerlicher Seite darstellen, kann man füglich von Arbeitern als Besitzlosen nicht gut mehr sprechen.

Die Schichten des bürgerlichen Mittelstandes, die zum allergrößten Teil heute unter ungünstigeren Verhältnissen vegetieren als die industrielle Arbeiterschaft, haben insgesamt ihre Abgeordneten auf ein sozialen politisches Programm verpflichtet, und abgesehen von der ganz extremen Rechten herrscht überall die Auffassung, daß man gar nicht daran denkt, der werktätigen Arbeiterschaft irgendwelche gesetzmäßigen Errungenschaften der Revolution nachträglich wieder streitig zu machen, ebenso wenig wie sich künftig eine Regierung denken läßt, in der die industrielle Arbeiterschaft keinen Einfluß hätte. Wenn man also von Gegensätzen spricht, die durch den Ausfall der Wahl verschärft seien, so kann es nur sein, von dem man freilich nicht spricht. Das ist der politische Anspruch auf die Diktatur des Proletariats. Wenn die aus den Wahlen verstärkt hervorgegangene Unabhängige Sozialdemokratie, — hierbei getrieben und angestachelt von ihren kommunistischen Trainern zur Linken — diesen Anspruch künftig mit allem Nachdruck zu verfechten gedenkt, so hängen an dieser Uhr zwei Gewichte, die ihren Gang doch immerhin regulieren: die Tatsache, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie insgesamt doch immerhin beträchtlich zurückgegangen ist, und das andere, daß das Bürgertum doch endlich erwacht zu sein scheint. Die scheinbar ziemlich gleichmäßig ausgependelte Kraft auf beiden Seiten läßt eine gewaltsame Austragung der Gegensätze künftig noch mehr wie bisher gleichbedeutend sein mit dem Untergang unseres Vaterlandes. Und bei solcher Aussichtslosigkeit des Kampfes sollte und mußte vielmehr ein Weg gefunden werden, daß beide Seiten sich nunmehr zu der gemeinsamen Arbeit des Wiederaufbaues zusammenfinden — knurrend und polternd zwar nach deutscher Art, aber dennoch endlich Steine schleppend zu dem Werke, das mit allen Kräften zu fördern allerhöchste Zeit ist, soll die Weltwirtschaft nicht an einem Deutschland, dessen Arbeit nichts mehr wert und für jeden Abnehmer zu teuer ist, fortan vorübergehen.

Die Abrechnung vom 6. Juni.

Erst im Lichte der Reichstagswahlen vom 6. Juni wird es allen klar werden, **was der Ruf der Deutschen Volkspartei nach Neuwahlen** bedeutete und **welches Verbrechen an dem demokratischen Gedanken** es war, diesem Ruf Widerstand zu leisten. Die sozialdemokratisch-demokratische Regierung versuchte mit der Nationalversammlung endlos weiter zu regieren. Inzwischen aber war — das leugnet nach den Wahlen vom Sonntag auch der verstockteste Demokrat nicht mehr — die Stimmung der Wählerschaft von Grund auf umgeschlagen. Das ist das Volksgericht vom 6. Juni und im unmittelbaren Bereich seines Urteilsspruchs drängt sich jedem von selbst die Ueberzeugung auf, wie sehr Sozialdemokraten und Demokraten Ursache hatten, es zu fürchten, welche Versündigung am demokratischen Gedanken zugleich aber die Absicht war, es eigenmächtig zu unterdrücken.

Der Sieg ist der Deutschen Volkspartei nicht leicht in den Schoß gefallen. Die Oppositionsparteien rechts vom Zentrum hatten mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Der gesamte Regierungsapparat arbeitete während des Wahlkampfes gegen sie. Die Zentrale für Heimatdienst, die vollkommen auf die Politik der Regierungsparteien eingestellt war, hatte ihren Fonds aus Steuergeldern mit Millionen gespeist und diese Millionen sind während des Wahlkampfes gegen die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei verpulvert worden. Auch insofern war die Deutsche Volkspartei im Nachteil, als ihr namentlich in der Reichshauptstadt nicht der übermächtige Presseapparat der Demokraten und Sozialdemokraten zur Verfügung stand und daß es ihr deshalb unmöglich war, gegen eine wahre Schmutzflut von Verdächtigungen und Verleumdungen anzukämpfen. Die Regierungsparteien hatten, der Zahl nach gesehen, eine fast uneinnehmbare Position. Sie beherrschten mehr als drei Viertel des ganzen parlamentarischen Bestandes. Gegen diese starke und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln verteidigte Stellung anzugehen, war keine Kleinigkeit. Wenn es der Deutschen Volkspartei — im Verein mit der Deutschnationalen Volkspartei — trotzdem gelungen ist, die Regierungsmehrheit zu werfen, so erntet sie damit den Erfolg unermüdlicher und zäher Arbeit, in Wort und Schrift, im öffentlichen Leben und in der Kleinarbeit der Organisationen. Dabei aber wurde sie vorwärts getragen von einer Stimmung, die mit allen Fibern danach verlangte, die unsagbare Mißwirtschaft einer anderthalbjährigen sozialdemokratisch-demokratischen Regierung auszufegen. Die Deutsche Volkspartei, die unermüdlich seit den Januartagen des Jahres 1919 und vorher schon gegen Massenverblendung und Massenverhetzung die Vernunft und den liberalen Gedanken verfocht, hat am 6. Juni gesiegt, weil Staatsvernunft und nationaler Gedanke in der Wählerschaft wieder zu Ehren gekommen sind. Deshalb kann sie den Sieg, der mit dem Gerichtstag des 6. Juni für sie verknüpft ist, höher bewerten, als einen Sieg der Partei: **Als einen Sieg des großen Ganzen, dem sie dienen will.** Und deshalb kann es für sie auch nie und nimmer in Frage kommen, als **Lückenbüßer** für eine Koalition einzuspringen, die unter der Last ihrer Fehler und ihrer Unterlassungssünden am 6. Juni endgültig zusammengebrochen ist.

Zum **Ausfall der Wahl** schreibt die „Köln. Ztg.": „Wir haben hart gekämpft, und wir haben einen großen Sieg davongetragen", so dürfen heute die Anhänger der **Deutschen Volkspartei** sprechen. Landauf, landab sind ihre Stimmen sprunghaft in die Höhe gegangen, und an vielen Orten haben sie sich verdoppelt, an einigen vielleicht gar verdreifacht. Das ist der Beweis dafür, daß die Partei auf dem richtigen Wege war, als sie zwischen den Deutschnationalen und den Demokraten als selbständige Gruppe Stellung nahm. Sie konnte damit die beiden Fehler vermeiden, die ihren Nachbarn zum Verhängnis geworden sind: die allzu rückschrittliche Richtung der Deutschnationalen wie die schlappe Haltung der Demokraten gegen den Sozialismus. Sie wurde **die Partei der Sammlung**, nach der heute das ganze deutsche Bürgertum verlangt, und als solche tritt sie von nun an in achtunggebietender Stärke in die Leitung der deutschen Politik als mitentscheidender Faktor ein. Wie auch die künftige Regierungsmehrheit sich gestalten mag, **die Deutsche Volkspartei kann nicht mehr umgangen werden, dafür hat ihr ein viel zu starker Teil des deutschen Bürgertums den Beweis seines Vertrauens gegeben.** Sie sieht sich freilich vor schwerste Aufgaben gestellt, denn es ist eine böse Erbschaft, welche die neue Mehrheit, die sich vermutlich bilden muß, anzutreten hat, und dazu beweist das gewaltige Anwachsen der unabhängigen Stimmen, daß das deutsche Volk bis zu einem gefährlichen Grade radikalisiert ist, und daß jede Politik, die auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse orga-

nun weiterbauen will, der schärfsten Opposition phantastischer und demagogischer Wortführer ausgesetzt sein wird. Aber um so lauter muß die Deutsche Volkspartei nunmehr unsers Erachtens den Ruf zur Sammlung erneuern; denn hier liegt der einzige Weg, der Rettung bringt. Niemand darf zurückgewiesen werden, der auf dem Boden der Verfassung im Dienste aller Volksklassen zum Wohle des gemeinsamen Vaterlandes mitarbeiten will; nur mit dem offenen oder verkappten Revolutionär, dem Putschisten wie dem Bolschewisten, gibt es keine Gemeinschaft. In diesem Rahmen wird die Deutsche Volkspartei weiterhin den Idealen nachstreben, auf denen ihre Wesensart beruht, den Idealen, die Pfarrer Nadecke jüngst so glücklich in einer Wählerversammlung durch die drei Gegenüberstellungen kennzeichnete: Liberalismus gegen Sozialismus, Idealismus gegen Materialismus, Nationalismus gegen Internationalismus. Hoffen wir, daß diese Ideale im Feuer der praktischen Arbeit denselben Goldgehalt aufweisen, den sie so erfreulich bei der großen Prüfung an den Wahlurnen gezeigt haben! Es ist der gesunde Menschenverstand, der gesiegt hat.

Dr. Stresemann über die Reichstagswahlen.

Zu dem Ergebnis der Reichstagswahlen für die Deutsche Volkspartei äußerte sich Abg. Dr. Stresemann auf Anfrage der „Tägl. Rundschau" wie folgt:

Soweit sich das Ergebnis der Reichstagswahlen bisher übersehen läßt, hat es die Erwartungen, die in Parteikreisen gehegt wurden, weit übertroffen. Wir verzeichnen mit besonderer Genugtuung den glänzenden Erfolg, den die Deutsche Volkspartei in der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung davontragen konnte, zumal er gegen die skrupellose und persönlich gehässige Agitation der noch immer weitverbreiteten linksdemokratischen Presse errungen werden konnte. Auch die Ergebnisse in Mitteldeutschland zeigen, daß sich die Deutsche Volkspartei in den alten nationalliberalen Bezirken, wie im früheren Königreiche Sachsen und in der Provinz Sachsen, ihre alte Bedeutung als führende bürgerliche Partei wieder errungen hat. Dagegen war es der Partei von vornherein klar, daß sie in Süddeutschland mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde, weil es in der kurzen Spanne der Zeit der Nationalversammlung nicht möglich war, auch hier die Organisation wieder voll auszubauen. Mit Genugtuung begrüßen wir aber, daß neben der Pfalz nunmehr auch Baden, Bayern und voraussichtlich auch Württemberg in der nächsten Fraktion der Deutschen Volkspartei vertreten sein werden. Durch den Erfolg der verschiedenen Wahllisten der Deutschen Volkspartei ist erfreulicherweise auch die Gewähr gegeben, daß die Zusammensetzung der Fraktion eine sehr glückliche nach der Richtung sein wird, daß neben den immer stark in der Partei vertretenen intellektuellen Schichten auch Führer des Wirtschaftslebens, der Industrie, des Handels und des Kleinhandels sowie bekannte Führer der Arbeitergewerkschaften in ihr die Möglichkeit haben werden, bei den entsprechenden Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues mitzuwirken. Zu der durch die Wahlen geschaffenen politischen Gesamtlage möchte ich mich erst äußern, wenn das Gesamtergebnis sich übersehen läßt. Notwendig ist jedenfalls die alsbaldige Schaffung einer verfassungsmäßigen Regierung, da anderseits Spannungen ausgelöst werden könnten, die unter allen Umständen vermieden werden müssen. Wer die Bildung einer solchen verfassungsmäßigen Mehrheit unmöglich macht, übt formell den schwersten Verfassungsbruch und arbeitet praktisch an der Zerrüttung seines Landes.

Die Aufgaben des neuen Reichstags.

Die Wähler, die am 6. Juni der bisherigen Regierung das Urteil gesprochen haben, sind damit gleichzeitig die Wegweiser für die Politik des neuen Reichstags geworden. Der 6. Juni redet eine Sprache, die nicht überhört werden darf. Das deutsche Volk hat genug und übergenug von der Politik des Parteiprofits und der Selbstzerfleischung. Es will, daß endlich auf dem Wege halt gemacht wird, der mit dem Umsturz vom 9. November begonnen hat und der unfehlbar in den Abgrund führt. Das deutsche Volk will den Aufbau und es ist ein klares Zeichen dieses seines Willens, daß es der Deutschen Volkspartei als derjenigen Partei vor allen bürgerlichen Mitbewerbern sein Vertrauen geschenkt hat, die mit dem Sammelruf zum Wiederaufbau in den Wahlkampf eingetreten ist. Diesem Ruf bleibt die Deutsche Volkspartei auch treu, nachdem die Wahlschlacht geschlagen und gewonnen worden ist.

Dabei kommen für sie in erster Linie folgende Gesichtspunkte in Betracht. Die Staatsautorität, die durch das bisherige Parteisystem zugrunde gewirtschaftet worden ist, muß als erste Voraussetzung gedeihlicher Regierungsarbeit wiederaufgerichtet werden. Das kann nur geschehen, wenn die Regierung aufhört, das Beutefeld eines falsch verstandenen parlamentarischen Systems zu sein. Es muß in Zukunft aufhören, daß die obersten Reichs- und Staatsämter nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nach dem Schlüssel der zahlenmäßigen Fraktionsstärke verschachert werden. Es muß aufhören, daß man den Stelleninhabern Unterstaatssekretäre und Kommissare auf den Nacken setzt, die als Parteifunktionäre eine völlig verfassungswidrige Kontrolle ausüben. Nichts weiter darf in Zukunft für die Auswahl unserer Regierungsmänner und unserer Verwaltungsbeamten maßgebend sein, als der Grundsatz persönlicher Tüchtigkeit und sachlicher Befähigung. Die besten Köpfe sind für den Wiederaufbau Deutschland gerade gut genug, und ihnen ein Betätigungsfeld zu sichern, an Stelle von unfähigen Parteifunktionären und Parteistrebern, würde die erste Sorge der Deutschen Volkspartei sein. Wie hier parteipolitischer Mißbrauch beseitigt werden muß, so sollten auf der anderen Seite die wirtschaftlichen Fragen dem Bannkreis der Politik entrückt werden. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei für die Kammer der Arbeit ein Vetorecht in wirtschaftlichen Fragen, das höher stehen muß, als der parteipolitische Maßstab, mit dem das Parlament wirtschaftliche Fragen zu messen pflegt. Für die Sicherung des Arbeitsfriedens fordert die Deutsche Volkspartei obligatorische Schiedsgerichte, deren Entscheidung unter allen Umständen sowohl gegen Arbeitgeber wie gegen Arbeitnehmer Geltung verschafft werden muß. Noch dringender als Wirtschaft und Verwaltung bedarf die Behandlung der auswärtigen Politik einer neuen Orientierung. Als Grundlage fordert die Deutsche Volkspartei hier Nationalbewußtsein an Stelle kosmopolitischer Schwärmerei und zielbewußte, von den fähigsten Händen geleitete Arbeit, die Deutschland auf Grund der gemeinschaftlichen wirtschaftlichen Interessen von Europa wieder zur Geltung bringt.

Im Zeichen einer solchen positiven Arbeit für den Wiederaufbau muß der neue Reichstag stehen. Das ist der Sinn der Reichstagswahlen vom 6. Juni, der unter keinen Umständen gefälscht werden darf. Daß das Element der Verneinung auf der linken Seite durch diese Wahlen verstärkt worden ist, widerspricht dem nicht und braucht auch nicht zu schrecken, denn auf der andern Seite hat das Element der Bejahung so an Gewicht und Bedeutung gewonnen, daß es sich durchsetzen kann und sich auch durchsetzen wird.

An die Bezieher des „Beobachters".

Alle Beschwerden über unregelmäßige Zustellung des „Beobachters" bitten wir bei dem Briefträger oder der Postanstalt des Ortes anzubringen. Sollten dieselben erfolglos sein, so bitten wir, der Geschäftsstelle Siegen, Brüderweg 1, davon Mitteilung zu machen.

Die Geschäftsstelle der D. V. P. Siegen, Brüderweg 1.

Inhalt der Nummer:

Die Wahlen vom 6. Juni.
Zur Vernunft zurück.
Eine bittere Lehre.
Sittenverwilderung.
Hausbesitzer, Mieter und die Deutsche Volkspartei.
Das Handwerk und seine Forderungen an die Gesetzgeber.
Die Demokraten und der U-Bootkrieg.
Die Ablehnung des Etats durch die Opposition.
Die Ausfuhrabgaben.
Wie sich unsere Soldaten benommen haben.
Der Fall von Essen.

Zur Vernunft zurück!

Von Dr. Dr.-Ing. h. c. Beumer, Düsseldorf.

Das tagtäglich gehörte Wort „Vorwärts, niemals rückwärts!" gilt nicht für den Wert geschichtlicher Betrachtungen. Zwar hat der einstmalige Reichskanzler-Stellvertreter v. Payer den mehr als merkwürdigen Ausspruch getan, daß wir uns daran gewöhnen müßten, aus den Bahnen unsers geschichtlichen Denkens hinauszukommen — was denen bekanntlich am leichtesten wird, die niemals in diesen Bahnen gewesen. Der Verfasser dieser Zeilen denkt über den Wert geschichtlicher Rückblicke anders, und die gegenwärtige Lage unserer deutschen Wirtschaft veranlaßt ihn, aus der Fülle seiner Erinnerungen aus den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts einiges herauszugreifen, was nicht allein lehrreich, sondern auch vielleicht geeignet ist, weite Kreise unsers Volkes zur Vernunft zurückzurufen.

Die „Inflation" der 5 Milliarden Kriegsbuße, die Frankreich uns damals gezahlt, hatte neben der überstürzten Gründung von Aktiengesellschaften vielfach Zustände hervorgerufen, die an das Schiebertum der heutigen Zeit erinnern. Auf der Börse entfaltete sich eine wilde Spekulation, die allmählich einen sehr großen Teil der ihr sonst fernen Kreise in ihren Strudel hineinzog. Der Sekt spielte auf den Baugerüsten bei Maurern und Zimmerern eine große Rolle; ein Arbeiterausstand folgte dem andern; die Roheit nahm überhand, so daß der liberale Abgeordnete Friedrich Harkort seinen „Arbeiterspiegel" schrieb und die „Brutalitätsstatistik" in die Spalten der Zeitungen einführte. Die drohenden Wolken der wirtschaftlichen Krisis zogen sich im Jahre 1877 immer enger zusammen; eine Industrie nach der andern wurde in diese Krisis hineingezogen. In der Kohlen- und Eisenindustrie herrschten schon 1874/77 trostlose Zustände. 95 Werke der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die ein Kapital von 440 Millionen Mark — eine für die damalige Zeit gewaltige Summe — darstellten, arbeiteten nach ihren Rechnungsausweisen vom Jahre 1874 bis 1876 mit einer Unterbilanz von 21 Millionen Mark, hatten also 5 v. H. ihres Kapitals verloren. Das Kapital der rheinisch-westfälischen Industrie, das etwa 630 Millionen Mark betrug, war nach dem damaligen Kurse der Papiere auf einen Wert von 35 v. H. zurückgegangen. Von den 191 Hochöfen im westlichen Deutschland waren noch 90 im Betrieb; die übrigen lagen kalt. Eine Menge von Schiffen mit englischem Roheisen fuhr den Rhein hinauf von Rotterdam bis Mannheim, während die deutschen Puddler die Hälfte der Woche feierten und vielfach mit Weib und Kindern hungern mußten. Und bald trat ein allgemeiner Niedergang der gesamten gewerblichen Tätigkeit ein. Denn, so schrieb damals Professor Dr. Arndt, weil 800 000 früher in der Eisenindustrie in voller Schicht tätige und gutbezahlte Personen sich schlechter nährten, kleiden und beschränkter wohnen mußten, litt die gesamte vaterländische Erzeugung. Weil die Bergleute in Westfalen und Schlesien sich keine neuen Röcke kaufen konnten, hungerten die Tuchmacher in der Mark, weil die Eisenarbeiter am Niederrhein ihren Frauen keine neuen Kleider anschafften, feierten die Spinner im sächsischen Vogtland, und weil die

Weber am Grünen Wege zu Berlin in die Industriebezirke keine Schals und Tücher absetzten konnten sie ihre Miete nicht bezahlen. Und so wurde mit den Hochöfen in Lothringen, am Niederrhein, an der Ruhr und in Oberschlesien zugleich das Feuer auf den Kochherde vieler Arbeiter im weiten Vaterlande ausgeblasen, die bis dahin kaum von dem Vorhandensein einer Eisenindustrie Kenntnis hatten. Der unlösbar innere Zusammenhang zwischen allen Zweigen der vaterländischen Erzeugung trat hier klar zutage. Ich habe in jenen Jahren, als junger Mann im Ruhrbezirk wohnend, die Entwicklung der Dinge miterlebt und aufmerksam zu verfolgen gesucht. Die Wirkungen des allgemeinen Niederganges waren furchtbar. Viele wohlhabende Familien verloren ihren Reichtum; Entlassung der Arbeiter und Angestellten aus den Werken und Geschäften zwang die Städte und Gemeindeverwaltungen, Notstandsarbeiten einzurichten, und Tausende fanden nur dadurch einen notdürftigen Unterhalt. Wo in frühern Jahren zehn Angestellte beschäftigt waren, gab es für nur vier oder fünf noch zu tun; vielfach nahm der Werkleiter oder der Kaufmann, statt überhaupt noch Angestellte zu beschäftigen, selbst wieder — Schreibmaschinen gab es damals noch nicht — die Feder in die Hand.

Wir sind mit den fortgesetzten Arbeiterausständen, mit den wahnsinnigen Lohn- und Gehaltsforderungen auf dem besten Wege zu jenen Zuständen der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Damals rettete uns aus der Not Bismarcks kraftvolles Vorgehen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und die Rückkehr des Volkes zur Arbeit. Es lebt bei mir in dankbarer Erinnerung, wie freundlich Bismarck damals kleine Berichte von mir über den Niedergang unsrer Wirtschaft gewürdigt hat. Jene Zustände aber sind, so will es mich dünken, ein Kinderspiel gegenüber der Not unserer Zeit. Eine schlaffe, hin und her schwankende Regierung, die in ihren einzelnen Teilen vielfach nebeneinander, ja gegeneinander regiert, und Lustlosigkeit zur Arbeit, die in immer wiederkehrenden Ausständen förmliche Orgien feiert.

Noch ist es vielleicht Zeit für die Rückkehr zur Vernunft. Dazu wollen diese Zeilen geschichtlicher Erinnerung helfen.

Eine bittere Lehre.

Die Regierung hielt es für nötig, gerade in den letzten Tagen durch Wolffs Telegraphen-Büro hervorheben zu lassen, daß die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland abgeschafft worden ist. Sie tut es, weil nach ihrer Behauptung die stillschweigende Abschaffung der Wehrpflicht in gewissen Kreisen zu Mißdeutungen Anlaß gegeben hat. Deshalb wird ausdrücklich versichert, daß tatsächlich für Deutschland die Wehrpflicht nicht mehr besteht. Das Wolffsche Telegraphen-Büro verrät uns nicht, in welchen Kreisen Mißdeutungen vorgekommen sind. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um die stets mit großer Rücksicht behandelten linksradikalen Elemente, die dem letzten Rest deutscher Wehrkraft, der Reichswehr, ihren ganz besonderen Haß widmen, und die sich vermutlich in der Verdächtigung gefallen, solange Deutschland noch eine Reichswehr habe, bestehe auch noch eine Wehrpflicht. Natürlich ein willkommener Köder, auf den Frankreich anbeißen kann.

Aber es ist wirklich kein Anlaß zur Beunruhigung gegeben. Deutschland hat die Wehrpflicht und damit den Militarismus abgeschafft. Es spürt nicht mehr den eigenen Militarismus, sondern nur noch den der andern. Zufällig trifft mit der offiziellen Erklärung über die Wehrpflicht eine Veröffentlichung zusammen, in der die Kosten Deutschlands für die Unterhaltung der ausländischen Besatzungstruppen zusammengestellt sind. Demnach erhält der Höchstbesoldete des Besatzungskommandos, nicht etwa an Besoldung, sondern lediglich an Entschädigung für seinen Unterhalt 342 000 Mark, und der einfache Soldat 42 000 Mark im Jahre. Für die entsprechenden Stellen in der deutschen Zivil- oder militärischen Verwaltung wendet Deutschland 38 000 bezw. 4800 Mark auf.

Wie lange und wie innig haben Sozialdemokraten und Demokraten nach deutscher Abrüstung geschrien, wie heiß haben sie den deutschen Militarismus bekämpft! Ihr Ziel ist erreicht. Aber statt der Freiheit, statt der internationalen Verbrüderung, die uns die bürgerlichen und die sozialistischen Demokraten als Belohnung für unsere Selbstentwaffnung versprochen haben, tragen wir das Joch des feindlichen Militarismus auf unserem Nacken, ein Joch so drückend und so schwer, daß wir dagegen die Last unserer früheren militärischen Rüstung als federleicht empfinden.

Sittenverwilderung.

Von unterrichteter Seite wird uns aus dem industriellen Westen Deutschlands geschrieben:

Um ihre etwas sehr wacklige Position befestigen zu können, verlegt die Sozialdemokratie sich in der letzten Zeit neben der Verbreitung von Gerüchten über bevorstehende Militärputsche besonders auf Angriffe auf die Schwerindustrie. Insonderheit tischt sie immer wieder das Märchen von einer Uebervorteilung des Reiches durch enorme Forderungen auf, die von den großen Eisen- und Stahlwerken für Kriegsmaterial verlangt worden seien. Dabei scheut der die Sozialdemokratie vertretende Vorwärts sich nicht einmal vor der Unterstellung, daß manche Forderung der Großindustrie nur auf unlauterem Wege habe verwirklicht werden können. Trotzdem die Unrichtigkeit der von ihm erhobenen Angriffe dem „Vorwärts“ bereits wiederholt von den angegriffenen Personen und Stellen dargelegt worden ist, setzt er diese Angriffe bis in die jüngste Zeit fort. Leider ist er dabei in der Form recht vorsichtig, so daß die von ihm Angegriffenen wegen der strengen formalen gesetzlichen Vorschriften nicht die Möglichkeit haben, gegen ihn klagbar vorzugehen. Sonst wäre dieser Weg (zum Beispiel vom Stahlwerksverband) schon längst beschritten worden, wie dem „Vorwärts“ genau bekannt ist. Auch den namentlich verdächtigten Personen wird es infolge der geschilderten Sachlage sehr erschwert, gerichtliche Schritte gegen die Verleumdungen des „Vorwärts“ zu unternehmen. Auch sie haben sich deshalb in der Hauptsache darauf beschränken müssen, in der Oeffentlichkeit gegen die Unterstellungen Einspruch zu erheben. So hat z. B. Generaldirektor Dr. Vögler auf den ersten Angriff des „Vorwärts“ bereits am 13. März ein Schreiben an dessen Schriftleitung gerichtet, das u. a. folgende Stelen enthält:

„Bei der Tendenz des Aufsatzes muß der Eindruck erweckt werden, als ob ich bei irgend welchen geschäftlichen Maßnahmen der Kriegsrohstoffgesellschaft (Sektion Eisen) tätig gewesen sei. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich während der ganzen Kriegszeit keinerlei Geschäfte mit der genannten Gesellschaft abgewickelt habe. Wohl habe ich auf Anfragen der Behörden bereitwilligst Auskunft über Selbstkostenfragen gegeben und die wirtschaftlichen Zusammenhänge dargestellt. Ich wüßte auch tatsächlich nicht, wer über diese Fragen anders Auskunft geben könnte als die in Frage kommenden Werke. Es wäre nach meiner Ansicht sehr dankenswert, wenn die Regierung sich dieser ganzen Frage einmal annähme und das darin geschilderte System vor den Untersuchungsrichter brächte. Es würden dann die niederträchtigen Verleumdungen und Verhetzungen wohl endlich verstummen müssen. Schon vor einiger Zeit habe ich auf einen Artikel des Abgeordneten Oesterroth hin den Verbreiter ähnlicher Feststellungen öffentlich als gemeinen Lügner bezeichnet. Irgend eine Antwort seitens des Verfassers ist natürlich nicht erfolgt.“

Selbstverständlich hat auch der „Vorwärts“ auf diese einigermaßen deutlichen Worte nicht reagiert; er fährt im Gegenteil in der Verbreitung seiner Unwahrheiten lustig weiter fort und setzt seinem Verhalten durch die Behauptung die Krone auf, die von ihm angegriffenen Stellen hätten sich nicht zur Wehr gesetzt. Angesichts des hier eingebrachten Materials kann nur festgestellt werden, daß diese Handlungsweise einen selbst für den „Vorwärts“ ungewöhnlichen Tiefstand darstellt.

Hausbesitzer, Mieter und die Deutsche Volkspartei.

Von Geh. Reg.-Rat Dr. Leidig, M. d. L.

Zu all den vielen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätzen, die unser Volk auseinanderzutreiben drohen, ist in den letzten anderthalb Jahren seit Kriegsende der immer schärfer sich gestaltende Gegensatz zwischen Mieter und Hausbesitzer getreten. Vor dem Kriege haben wir an vielen größeren Orten Wohnungsüberfluß gehabt, freilich in den letzten Jahren vor dem Kriege in immer abnehmendem Maße. Laß doch der Terrain- und Baumarkt schon mehrere Jahre vor dem Kriege hindurch recht still. Aber wir sind in den Krieg noch mit einem Ueberfluß von Wohnungen hineingegangen; demgemäß war die Lage des Hausbesitzers bis zum Kriege wenig günstig, insbesondere in den großen Städten, wo die Häuser vielfach in schwachen Händen; so konnte mit Fug und Recht davon gesprochen werden, daß ein großer Teil der Hausbesitzer zwar nominell Eigentümer, tatsächlich aber nur Verwalter des bis obenhin mit Hypotheken belasteten Hauses gewesen sind. Diese ungünstige Lage des Hausbesitzers hielt auch während des Krieges an, sie wurde verstärkt durch die Kriegsgesetzgebung, auf Grund deren die Kriegsteilnehmer besondere Begünstigungen in der Zahlung der Miete, der Kündigung und der Entsetzung aus der Wohnung erhalten hatten, die sämtlich zu Lasten des Hausbesitzers gingen.

Gegen Ende des Krieges, vor allem aber nach Beendigung der Kämpfe trat eine Wendung ein. Eigentlich erstaunlich, daß bei den gewaltigen Verlusten, die unser deutsches Volk in den mehr als vier Jahren des Krieges und durch die Blockade erlitten hat, sich nun eine immer schärfere Not an Wohnungen zeigte. Die Bevölkerungszahl des deutschen Volkes ist heute gewiß nicht größer als vor dem Kriege, aber die Verteilung der Bevölkerung ist anders geworden, zahlreiche neue Haushalte der Kriegsteilnehmer sind gegründet und hunderttausende Deutscher sind aus den uns entrissenen Gebieten oder aus dem Auslande nach dem deutsch gebliebenen Vaterlande übergesiedelt. Auch ohne die dazukommende Zuwanderung wenig erwünschter Slaven und Juden aus dem Osten, die sich auch noch auf unsern ohnehin zu knappen Wohnungsvorrat stürzen, mußte so eine Wohnungsnot entstehen, die von Tag zu Tag stärker werden wird, so bald die natürliche Volksvermehrung sich wieder zeigt. Abhilfe ist kaum möglich, solange wir nicht wieder zu einer geordneten Wirtschaft, insbesondere zu einer erheblichen Verbesserung unserer Kohlenförderung und unseres Verkehrswesens sowie zu einem Abbau der Materialpreise und Löhne und damit zu der Möglichkeit kommen, daß der Baumarkt sich wieder belebt. — Nun sind die Rollen gegenüber der Zeit vor dem Kriege vertauscht, damals schaute der Hausbesitzer kummervoll nach Mietern aus, jetzt braucht er sich um

leerstehende Wohnungen nicht zu sorgen, der Mieter ist jetzt die schwächere Partei geworden, die auch unbillige Forderungen, wenn und wo sie vorkamen, bewilligen mußte. Anderseits sind die Ausgaben für das Haus ganz erheblich gestiegen, eine Erhöhung der Mieten ist unvermeidbar geworden; das sahen objektiv denkende Mieter natürlich auch ein, streitig ist zwischen ihnen und den Hausbesitzern nur, wo die richtige Grenze für die Erhöhung liegt.

Die Reichsgesetzgebung wollte und konnte unter diesen Umständen den Wohnungsmarkt nicht sich selbst überlassen. Die Befürchtung bestand, daß die Mieten bis zu der Höhe steigen könnten, die für unter den heutigen Verhältnissen neu erbaute Häuser notwendig wäre, um ihnen eine Rentabilität zu sichern.

Aus solchen Erwägungen ist die viel angefeindete Höchstmietenverordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt entstanden. Ueber diese Verordnung ist in der 119. und 120. Sitzung der Preußischen Landesversammlung ausführlich verhandelt worden. An diese Verhandlungen schließt sich ein wenig schöner Wahlzank der Demokratischen Partei an. Es waren damals zwei Anträge gestellt, der eine von den Demokraten (ein Antrag der Deutschnationalen stimmte mit ihm im wesentlichen überein), der die Nachprüfung der Rechtsgültigkeit der Höchstmietenverordnung wünschten, ein anderer Antrag wünschte lediglich die Vorlegung der Verordnung zur Kenntnisnahme. Nun wird jedermann zugeben müssen, daß ich eine Verordnung zwar für rechtsgültig halten, ihren materiellen Inhalt aber dabei durchaus mißbilligen kann. Das ist die Stellung der Deutschen Volkspartei gewesen. Die Rechtsgültigkeit einer Verordnung zu prüfen, ist Sache der Juristen, die Landesversammlung, deren Mitglieder zum größten Teil nicht juristisch vorgebildet sind, ist dafür durchaus ungeeignet, aber dazu ist die Landesversammlung da, über die Zweckmäßigkeit einer solchen Verordnung ihr Gutachten abzugeben. Dieser Prüfung des materiellen Inhalts der Verordnung hat sich die Deutsche Volkspartei nicht entzogen, gerade ihr Fraktionsredner hat den Minister zu Erklärungen veranlaßt, durch die die hauptsächlichsten Bedenken gegen die Verordnung ausgeräumt worden sind.

Darüber waren in der Landesversammlung alle Parteien einig, daß es das richtigste gewesen wäre, das Problem der Höchstmieten durch Reichsgesetz anzufassen; das Reichsarbeitsministerium hat im vorigen Herbst geglaubt, diesen Weg mit Rücksicht auf die von einander abweichenden Verhältnisse in Süd- und Norddeutschland, nicht gehen zu sollen, es überließ die Regelung den Einzelstaaten. Dann gab es für Preußen nur die Art der Regelung, wie sie der Wohlfahrtsminister durchgeführt hat. Daß diese Art zulässig war, haben inzwischen sowohl das Reichsjustizministerium und das preußische Justizministerium als auch die ordentliche Gerichte anerkannt, das Ergebnis nach dieser Richtung hin ist also nur das, daß die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktion den Vorzug hat, bessere Juristen zu haben, als sie die Fraktion der Deutsch-demokratischen Partei besitzt.

Materiell bestand und besteht zwischen allen Parteien sowohl als auch in den Organisationen der Hausbesitzer und Mieter darüber Einverständnis, daß der Wohnungsmarkt einer Aufsicht und Regelung unter den heutigen Verhältnissen bedarf. Es ist in den Erörterungen auch mit Recht hervorgehoben worden, daß gerade von Hausbesitzern heute der Erlaß allgemeiner Richtlinien gegenüber den schwankenden und widerspruchsvollen Entscheidungen der Mieteinigungsämter verlangt worden sei. So kommt es denn auf die Prüfung der einzelnen Bestimmungen der Höchstmietenverordnung an, ob sie, niemand zu Lieb und niemand zu Leide, einen gerechten Ausgleich zwischen den entgegengesetzten Interessen der Hausbesitzer und der Mieter herbeizuführen geeignet ist.

Da ist vor allem von den Hausbesitzern die starre Grenze von 20 Prozent angegriffen worden, über die die Mietserhöhung, die den Hausbesitzern zugebilligt werden kann, nicht hinausgehen darf. Hier hat gerade der Fraktionsredner der Deutschen Volkspartei klargestellt und die entsprechenden Erklärungen des Ministers herbeigeführt, daß es sich hier nicht um starre Grenzen handelt, sondern daß die Gemeinden sehr wohl in der Lage sind, Beschlüsse zu fassen, durch die sie die Mieten, je nach den örtlichen Verhältnissen, auch über die Grenze der 20 Prozent erhöhen; es bedarf dazu allerdings der Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörden, was man bei den scharf entgegenstehenden Interessen wird billigen können. Ebenso hat gerade der Fraktionsredner der Deutschen Volkspartei klargestellt, daß auch innerhalb der einzelnen Gemeinden verschieden hohe Mietszuschläge zulässig sind, wodurch den Bedürfnissen innerhalb der Großstädte Rechnung getragen und die Mieten für Luxuswohnungen gegenüber denen für Kleinwohnungen erhöht werden können. — Den dringendsten Beschwerden der Hausbesitzer gegen die Höchstmietenverordnung ist gerade durch die Tätigkeit der Deutschen Volkspartei in der Landesversammlung Abhilfe in Aussicht gestellt; auch hier hat die Deutsche Volkspartei wieder, wie immer, versucht, zwischen den verschiedenen Interessen der Mieter und Hausbesitzer, jedes in seiner Art berechtigt, den möglichst gerechten Ausgleich zu finden.

Im übrigen ist die Höchstmietenverordnung natürlich nicht die Lösung des Problems, den Wohnungsmarkt zu regeln. Hier müssen ganz andere Mittel gebraucht werden; darüber zu sprechen und das zu erörtern, sollte Aufgabe der weiteren Behandlung dieser Materie in der Landesversammlung sein; die Deutsche Volkspartei trägt keine Schuld daran, daß die Mehrheitsparteien diese Erörterung vor den Wahlen nicht beliebt und die Besprechung, die bereits auf der Tagesordnung angesetzt war, wieder aufgehoben haben.

Das Handwerk und seine Forderungen an die Gesetzgeber

Der Ausschuß des Reichsverbandes des deutschen Handwerks genehmigte die nachfolgenden Richtlinien für ein Rahmengesetz über die Neuorganisation des Handwerks:

1. Berufliche Organisation.

1. Unbedingte fachliche Gliederung auf der Grundlage der Pflichtzugehörigkeit.
2. Vertikaler Aufbau, ausgehend von der örtlichen Personalgemeinschaft, über Bezirks- und Landesverbände pp. zum Reichsfachverband.
3. Regionale Verknüpfung der beruflichen Organisation in den Handwerkskammern.

2. Wirtschaftliche Organisation.

1. Ausschluß der geschäftlichen Tätigkeit der Pflichtorganisation. Ergänzung der letzteren hierin durch die Genossenschaft.
2. Regionale Gliederung der wirtschaftlichen Organisation unter gleichzeitiger Beteiligung von Fachverbänden, Handwerkskammern und Genossenschaften.

Der Ausschuß stellte dann die grundsätzlichen Forderungen, die das Handwerk an die politischen Parteien zu stellen hat, in folgendem Programm zusammen:

1. Anerkennung des Handwerks als durchaus selbständigen gleichberechtigten Erwerbsstandes neben Industrie, Handel und Landwirtschaft.
2. Unbeschränktes Recht der Selbstverwaltung des Handwerks und seiner Berufsvertretungen in allen Handwerkersragen, Schutz und Ausbau der gesetzlichen Handwerkerorganisationen, wie Handwerks- und Gewerbekammer, Innung, Fachverband und Gewerbeverein. Anerkennung und grundsätzliche gutachtliche Einvernahme des Reichsverbandes des deutschen Handwerks als der allein maßgebenden Spitzenvertretung des gesamten selbständigen Handwerks.
3. Einschaltung der berufsständischen Vertretungen des Handwerks bei der Lösung staatlicher Aufgaben. Heranziehung des Handwerks zur Mitarbeit in allen auf berufsständischer Grundlage zu errichtenden Körperschaften.
4. Abbau der behördlichen Zwangswirtschaft, Sicherstellung des für das Handwerk notwendigen Teiles an Rohstoffen und Betriebsmitteln, soweit erforderlich durch Einschaltung berufsständischer Selbstverwaltungskörper.
5. Unbedingte Ablehnung jeder Kommunalisierung und Sozialisierung des Handwerks und Gewerbes, Beseitigung aller Regiearbeiten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden.
6. Ausbau des Reichswirtschaftsrats zu einem vollwertigen berufsständischen Instrument, angemessene Vertretung des Handwerks im Reichswirtschaftsrat und in den Bezirkswirtschaftsräten.
7. Anerkennung und Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens.
8. Errichtung einer selbständigen Abteilung für das Handwerk im Reichswirtschaftsministerium.

Die Demokraten und der U-Boot-Krieg.

In einer gewiß nicht zufälligen Gleichzeitigkeit bringen der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ aus den Protokollen des Untersuchungsausschusses Mitteilungen über die Verhandlungen im Januar 1917, die der Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vorangingen. Der Zweck dieser Ausgrabung geht schon aus den Ueberschriften hervor, mit denen das sozialistisch-demokratische Blätterpaar seine Veröffentlichungeen schmückt. Der „Vorwärts“ überschreibt: „Aus der Werkstatt der Reichsverderber“, das „Berliner Tageblatt“ nicht minder geschmackvoll: „Wie wir in die Katastrophe trieben“. Also Hetze gegen den „Militarismus“ und damit gegen die Parteien der Rechten, die unsere nationale Wehrkraft zu erhalten und zum Siege zu führen suchten! Der Leser soll aus den „Enthüllungen“ des sozialistisch-demokratischen Blätterpaares selbstverständlich herauslesen, der Entschluß zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg habe Nordamerikas Eingreifen veranlaßt und uns damit ins Verderben gestürzt.

Bekanntlich ist längst festgestellt, daß Präsident Wilson selbst im nordamerikanischen Senat zugegeben hat, Nordamerika hätte sich in den Krieg eingemischt, auch wenn Deutschland keine feindselige Handlung gegen die Vereinigten Staaten unternommen hätte. Wollten wir aber einmal annehmen, der unbeschränkte U-Boot-Krieg habe uns tatsächlich nach dem jetzigen Ausdruck des „Berliner Tageblattes“ in die Katastrophe getrieben, so ließe sich leicht feststellen, daß dies führende Demokratenblatt und bekannte demokratische Wortführer mit die Schuld daran tragen. Wir brauchen wiederum nur die Kriegsjahrgänge des Blattes aufzuschlagen.

Schon am 17. Januar 1917, ehe die Entscheidung über die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges vorlag, brachte das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 30) einen Artikel seines Marinemitarbeiters Persius, in dem es heißt: „Auch hierte ist die Erkenntnis in Deutschland Allgemeingut geworden, daß durch eine energische, durch keinerlei Hemmnis beengte Störung der überseeischen Handelsverbindungen unserer Gegner des britischen Reiches — unseres gefährlichsten Feindes — Willen zum Friedensschluß erheblich, wenn nicht entscheidend beeinflußt werden könnte. Die beste Antwort auf die hochtrabende Note unserer Feinde an Wilson würde, so herrscht nahezu uneingeschränkt die Meinung

durch immer neue Rekorde, die von unseren U-Booten aufgestellt würden, gegeben werden. Es wird sich allerdings kaum jemand dem Gedanken verschließen, daß dem Vernichtungswillen unserer Gegner nur durch einen noch stärker bekundeten Vernichtungswillen unserseits begegnet werden kann."

Ganz offen tritt hier also das „Berliner Tageblatt" für die möglichst scharfe Anwendung der U-Boot-Waffe ein. Ja, es brennt förmlich danach, daß man alles Zögern aufgebe; denn es fährt fort: „Diese drei Kapitänleutnants (Forstmann, von Arnauld de la Perriere und Valentiner) sind es jedoch nicht allein, eine Reihe tapferer Jünger des unvergeßlichen Weddigen, U-Boot-Kommandanten, Kapitänleutnants und Leutnants, deren Namen bisher nur bekannt wurden, stehen bereit, dem Rufe zu folgen, der an sie ergehen wird, wenn der „gegebene Augenblick" gekommen ist."

Geradezu „alldeutsche" Töne wurden damals in dem Demokratenblatt angeschlagen. In Nr. 76 vom 11. Februar 1917 schrieb Dr. Dernburg: In Amerika herrscht die Hoffnung, daß Deutschland von seinem Entschluß, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg durchzuführen, abgebracht werden könnte: „Das ist nicht deutsche Art! . . . Die deutsche Nation steht mit Entschlossenheit und Einstimmigkeit hinter der Politik ihres Kaisers!"

Am 28. März 1917 in Nr. 160 des „Berliner Tageblatts" führt wieder ein Artikel von Perfius aus: „Nun ist von keinem verständigen Menschen je erhofft worden, daß Großbritannien lediglich infolge von Hunger seiner Bevölkerung zum Einlenken gebracht werden könnte, der anhaltende Verlust von Handelsschiffen wird schon hinreichen, um die Einsicht zu fördern, daß der Krieg sich nicht mehr bezahlt macht. Heute ist festzustellen, daß die bisherige Einbuße noch nicht genügt. Wir dürfen jedoch wohl nach dem Februar-Ergebnis . . . das Vertrauen haben, daß die Ansichten der Engländer bald eine Korrektur erfahren werden. Die Nachrichten über Versenkungen, die im Laufe dieses Monats bereits einliefen, berechtigen unsere Erwartungen auf abermalige beträchtliche Beuteziffer. Wenn die englische Kauffahrteiflotte in den nächsten Monaten etwa je eine halbe Million Tonnen verliert, wird dieser Druck menschlichem Ermessen nach hinreichen, um das von uns ersehnte Ziel in die Nähe zu rücken. Es rückt mit jeder versenkten Tonne näher!"

Das Demokratenblatt drängt hier also geradezu dazu, den U-Boot-Krieg bis aufs äußerste anzuspannen, weil es selbst die bestimmte Hoffnung hat, dadurch werde England zu Verhandlungen geneigt gemacht werden. Wie kommt dasselbe „Berliner Tageblatt" jetzt dazu, den Entschluß zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg als das „Hineintreiben in die Katastrophe" zu bezeichnen? Und wie dürfen es die Demokraten wagen, die Parteien der Rechten der alleinigen Schuld an dem Unheil zu bezichtigen, das angeblich der uneingeschränkte U-Boot-Krieg über uns gebracht hat?! Nur die vollendetste Unehrlichkeit und Heuchelei kann eine derartige Politik treiben.

Die Ablehnung des Etats durch die Opposition.

Als die Opposition im Oktober vergangenen Jahres den Etat ablehnte, sagte der damalige Vizekanzler Erzberger: als Finanzminister bedauere er die Ablehnung, als Parteimann freue er sich darüber; denn das deutsche Volk werde dies der Opposition nicht vergessen. Die Absicht, damit krebsen zu gehen, indem man auf die Unwissenheit des souveränen Volkes spekuliert, wurde unzählige Male in die Tat umgesetzt, weil jeder, der mit der politischen Unwissenheit der Massen rechnet, sich noch niemals verrechnet hat.

In den Ländern des Westens, wo der Parlamentarismus eine Geschichte hat, ist die Ablehnung des Etats durch die Opposition eine Selbstverständlichkeit; denn sie bringt zum Ausdruck, daß die Richtlinien für die derzeitige Regierung — und das ist der Etat — für die Art und Weise, wie dieser Ausschuß der Mehrheitsparteien regieren soll, die Billigung der Minderheitsparteien nicht findet. Setzt sich die Minderheit durch, das heißt, wird sie zur Mehrheit, so wird sie einen neuen Etat einbringen und durchführen. Wir haben den Parlamentarismus von auswärts bezogen; er ist auf unserem Boden ein fremdes Gewächs. — Gneist, der eine Geschichte des englischen Parlaments verfaßt hat, hat einmal gesagt, daß die meisten Menschen, die über den Parlamentarismus reden und schreiben, ihn entweder gar nicht verstünden oder — falsch.

Bei der Ablehnung des Etats durch die Opposition der Rechten spielte aber noch eine andere Erwägung eine nicht minder wichtige Rolle. Angesichts eines finanziellen Elends, wie es größer kaum denkbar ist, angesichts der ständigen Mahnung der Finanzminister, besonders Erzbergers selbst, die es unzählige Male als das Haupterfordernis unserer Finanzwirtschaft erklärt haben, daß die unerbittlichste Sparsamkeit durchgeführt werden müßte, konnte die Opposition es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, einen Etat anzunehmen, in dem die tollste Verschwendung gesetzmäßig festgelegt wurde. Es seien hier nur erwähnt die geradezu ungeheuerlichen Gehälter in den an und für sich schon überflüssigen Kriegsgesellschaften; erwähnt seien die zahllosen und ebenso überflüssigen Reichskommissare höherer und niedriger Gattung für alle nur denkbaren Sonderaufträge; erwähnt seien, um ein Wort des sozialdemokratischen Sekretärs Dr. Müller zu gebrauchen, die wie die Wasserköpfe anschwellenden Ministerien. Früher hatten wir sechs Staatssekretariate im Reich, jetzt vierzehn Ministerien — also von der vielgerühmten Sparsamkeit ist nichts zu spüren, sondern die heutige Regierung wirtschaftet mit den Millionen, wie die frühere Regierung mit der Mark.

Aus diesen beiden Gründen hat sich die Opposition veranlaßt gesehen, den Etat abzulehnen; man kann nur lächeln darüber, wenn Parteien, die seit Jahrzehnten die Einführung des Parlamentarismus gefordert haben, sich darüber erregen, daß die Oppositionsparteien die notwendigen Konsequenzen aus dem nun tatsächlich bei uns eingeführten Parlamentarismus ziehen. Am amüsantesten wirkt es aber, wenn sich Herr Scheidemann darob entrüstet; also der Führer einer Partei, die 40 Jahre lang von der Negation, von der Verneinung und Ablehnung gelebt hat!

Auch ein Fischzug auf die, die nicht alle werden, ist es, wenn den Parteien der Rechten ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie wichtige Gesetze, wie die Verfassung, das Betriebsrätegesetz usw. abgelehnt haben, daß sie eine „Politik der unfruchtbaren Negation" getrieben hätten. Es empfiehlt sich, denjenigen, die das reden oder schreiben, den guten Rat zu geben, doch etwas eingehender in die Drucksachen und die Stenogramme der verschiedenen Parlamente hineinzusehen: unabsehbar ist die Zahl der von den Parteien der Rechten gestellten Verbesserungs- oder Initiativanträge, und es ist sogar von den Ministern der Mehrheitsparteien anerkannt worden, daß die Rechte „an der Neugestaltung der Verfassung erfolgreich mitgearbeitet" hat, wie der Sprechminister Dr. David bei der Verabschiedung des Gesetzes selbst gesagt hat.

Wer ein Gesetz annimmt, übernimmt auch die Verantwortung für die Folgen, die sich aus dem Gesetz ergeben. Und in vielen Fällen hat die Rechte diese Verantwortung nicht übernehmen wollen, nicht übernehmen können, weil sie der Ansicht war — oft genug ist die Bestätigung dafür schon eingetreten —, daß diese Folgen für Deutschland verhängnisvoll sein werden.

Die Ausfuhrabgaben.

Von

Dr. Otto Hugo, Mitglied der Nationalversammlung.

Der deutsche Wirtschaftskörper wird von einer Krise in die andere geworfen. In den ersten drei Vierteljahren des Jahres 1919 litt unsere deutsche Wirtschaft unter den Ideen der Plan- und Zwangswirtschaft, die ein natürliches Hindernis für den Anschluß an den Weltmarkt bedeutete, monatelang die deutsche Industrie ohne ausreichende Rohstoffversorgung ließ, während andererseits eine ungeheuerliche Einfuhr von Luxuswaren aller Art den deutschen Markt überflutete und die Zahlungskraft der deutschen Mark vernichtete. Die deutschen Industrien standen dem Hereinfluten der Waren schutzlos gegenüber, sie blieben ohne Rohstoffe und konnten deshalb den für sie so gewinnreiche Konkurrenzkampf mit den ausländischen Fertigfabrikaten nicht aufnehmen. Nachdem auf diese Weise die deutsche Valuta völlig heruntergewirtschaftet war, setzte der große Ausverkauf der deutschen Markentwertung ein. Ich habe in jedem Stadium den Standpunkt vertreten, daß diese Gelegenheit dazu benutzt werden müßte, die deutschen Waren bis in den letzten Winkel der Welt vordringen zu lassen und so neue Stützpunkte für den deutschen Absatzmarkt in der Welt durch den Handel aufzubauen. Die öffentliche Meinung setzte sich im Sinne der handelstörenden Kontrollwirtschaft durch. Gleichzeitig beschloß man, von dem sich zwischen dem Inlandpreis und dem Weltmarktpreis ergebenden Preisunterschied eine sogenannte soziale Abgabe zu erheben. Ich habe von vornherein den Standpunkt vertreten, daß die ganze Kontrollmaßnahme gar nicht mit der Schnelligkeit durchgeführt werden könnte, wie sie dem Augenblicksbedürfnis entsprochen hätte. Für den Augenblick der steigenden Valuta mußte es aber jedem Wirtschaftspolitiker einleuchten, daß dann die ganze Wirkung der Kontrollmaßnahmen einigermaßen wirkungslos werden würde, jedenfalls hinsichtlich der Preiskontrolle. Auch diese meine Ansicht ist durch die Entwicklung der Verhältnisse bestätigt. Die gestiegene Kaufkraft der Mark hat die Waren im Verhältnis zum Weltmarkt derartig verteuert, daß die Inlandpreise die Weltmarktpreise erreicht, ja wesentlich überschritten haben. Eine ganz ungeheuerliche Steigerung der Gestehungskosten, besonders durch Löhne, Frachten und Materialien aller Art hat nun vollends die deutsche Ausfuhrmöglichkeit ins Stocken gebracht.

Ausgerechnet in dieser Wirtschaftskrise setzt die Reichsregierung die vor Monaten geplante soziale Abgabe mit Wirkung vom 10. März in Kraft. Die Wirkung ist natürlich niederschmetternd. Ich könnte eine ganze Fülle von Waren aufführen, bei denen die Ausfuhrabgabe das Doppelte des in der Ware liegenden Arbeitslohnes beträgt. Es handelt sich also nicht um eine soziale Abgabe, sondern um eine Steuer auf die deutschen Arbeitslöhne. Die Verordnung beschränkt sich eben nicht darauf, etwa noch vorhandene sogenannte „Valutagewinne" bei der Ausfuhr zu besteuern, sondern legt die Ausfuhrabgabe in voller Höhe auf die Exportrechnungen. Was eine soziale Wohltat werden sollte, ist zu einer antisozialen Plage geworden. Je mehr Arbeitslöhne die Ware enthält, desto unmöglicher wird die Ausfuhr, je weniger Arbeitslöhne, desto leichter ist sie. Die Folge davon muß sein, daß als Nachwirkung dieser Abgabe die Rohware vom deutschen Markt abschwimmen wird, während wir die Ueberfüllung der Warenläger an Fertigfabrikaten im Inlande behalten.

Man fragt sich, wie ist es möglich, daß die Wirtschaftspolitik solche Wege beschreiten kann? Zunächst der Schrei nach Ausfuhr, dann der Schrei nach Ausfuhrkontrolle und nun die völlige Lahm-

legung der Ausfuhr im Augenblick der höchsten Wirtschaftskrise durch Verordnungen der Regierung. Hier zeigt sich wieder einmal mit aller Klarheit, wie unmöglich es ist, durch Maßnahmen bürokratischer Art den natürlichen Bedingungen des Wirtschaftslebens, die seit Jahrtausenden Gesetz sind, starre Gewalt anzutun. Die Motive der Regierung leuchteten der öffentlichen Meinung ein: Hohe Ausfuhrgewinne und davon hohe Abgaben erzielen für soziale Zwecke. Also geplant und beschlossen in den Monaten November-Dezember 1919, durchgeführt in den Monaten April-Mai 1920. Ich selbst kann bezeugen, daß die verantwortlichen Instanzen alles getan haben, um die Dinge zu fördern. Es wäre unrecht, den Beamten, die mit der Durchführung der Aufgabe betraut waren, irgendwelche Vorwürfe zu machen. Nicht sie trifft die Schuld, sondern das System, der Glaube, daß es möglich ist, jeweils mit bürokratischen Maßnahmen die empfindlichen Lebensbedingungen des Marktes zu korrigeren. Ebenso wie niemand sagen kann, ob wir in einem Vierteljahr eine bessere oder schlechtere Valuta haben werden, ebenso ist es unmöglich, heute Maßnahmen zu beschließen, die etwa in einem Vierteljahr zutreffend sind. Die Erfahrung sollte uns gelehrt haben, daß die Konjunktur immer einen anderen Weg gegangen ist, als die Wirtschaftskontrolle sie zu leiten gedachte. Die Wirtschaft folgt hier dem Naturgesetz. Setzen wir alle deutschen Wirtschaftsfaktoren in den Stand, sich gegen alle Schwierigkeiten zu wappnen, ihnen mit der völligen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gegenüberzutreten und die Intelligenz

Tüchtigkeit der deutschen Kaufleute und Industrien zur vollen Entfaltung zu bringen, wenden wir uns ab von einem System der bürokratischen Bevormundung der Produktion, dann werden wir gesund werden durch die geistige und wirtschaftliche Ueberlegenheit, die das deutsche Volk auszeichnet und uns in der Vergangenheit zu ungeheueren wirtschaftlichen Erfolgen und damit zur Grundlage blühender deutscher Kultur geführt hat. Nur so wird es gelingen, Deutschland wieder aufzubauen. Die Bürokratie ist und bleibt für die Wirtschaft der Frost, der die Blüten und keimenden Triebe abtötet und zerstört.

Wie sich unsere Soldaten benommen haben.

Von Major a. D. Kleeberg.

Die Verwendung farbiger Truppen in Deutschland und insbesondere ihr schamloses Verhalten gegen deutsche Frauen und Mädchen bildet trotz aller Dementis, Rechtfertigungs- und Beschönigungsversuche von seiten der Franzosen nach wie vor ein Thema, das nicht nur weite Kreise unseres Volkes, sondern auch viele human- und gerechtdenkende Ausländer bewegt. Mag auch ein Teil der Anzeigen in der ersten Aufregung übertrieben dargestellt sein — es bleibt noch ein erschreckender Rest, der uns Deutschen stets mit neuem Abscheu erfüllt. Trotzdem brachte es kürzlich in der Nationalversammlung Frau Luise Zietz fertig, eine Rede zu halten, die nicht nur wie eine Entschuldigung der Uebergriffe der farbigen Truppen wirkte, sondern sie wandte sich direkt gegen unsere Soldaten und verstieg sich zu dem völlig unglaublichen Satz, deutsche Soldaten hätten in Frankreich ähnliche Dinge begangen, wie jetzt die Farbigen in den deutschen Gebieten.

Daß während der langjährigen Okkupation durch Millionen deutscher Soldaten vereinzelte Sittlichkeitsverbrechen begangen worden sind, wird niemand bestreiten können und auch wollen. Aber das ungünstige Urteil der Frau Zietz über den deutschen Soldaten wird am besten entkräftet durch die Tatsache, daß innerhalb der drei Jahre, während welcher ich die Geschäfte eines militärischen Polizeichefs in Lille führte, nur ein Sittlichkeitsvergehen, begangen durch deutsche Soldaten, zur Anzeige gebracht wurde. Weder der Bürgermeister von Lille, noch der Bischof, noch der erste Staatsanwalt, noch der Kommissär Central (Polizeiinspektor), noch irgend eine bemerkenswerte Persönlichkeit hat es s. Zt. nötig gehabt, sich über Vergewaltigungen französischer Frauen durch deutsche Soldaten zu beklagen. Bei den vielen Wünschen und sonstigen Beschwerden, die in anderer Beziehung mit Vorliebe vorgebracht wurden, hätten diese Herren im gegebenen Falle sich nicht die geringste Beschränkung auferlegt. Auch aus den französischen, durchweg tendenziös gefärbten Broschüren, die sich eingehend mit dem Benehmen der Deutschen in Lille beschäftigen, konnte ich hinsichtlich Sittlichkeitsvergehen nicht einen konkreten Fall feststellen, obgleich diese Broschüren von Gehässigkeiten geradezu strotzten. Dabei muß man bedenken, daß Lille mit einer täglichen Besatzung von mehreren tausend Mann belegt war, eine Zahl, die sich zeitweise durch den Zustrom benachbarter Truppen verdoppelte und verdreifachte. An schönen Sonn- und Festtagen schwoll die Zahl der in die Stadt hereinflutenden Soldaten auf nahezu dreißigtausend Mann an — wie eine gelegentliche Zählung an den Toren ergab — die in der Stadt, in Theatern, Kaffees, Bars, Kneipen und sonstigen Vergnügungsstätten auf ihre Art Erholung und Zerstreuung suchten. Ich habe anfänglich diese Massen mit etwas Besorgnis kommen sehen, aber zu Unrecht — ebenso wie der Riesenschwarm gekommen war, verlief er sich, wenn auch da und dort etwas geräuschvoll, so doch durchaus friedfertig. Man stelle sich vor, was aus Frankfurt oder einer anderen deutschen Großstadt geworden wäre, wenn es den allsonntäglichen Besuch von dreißigtausend Madagassen, Marokkanern und Senegalnegern unter ähnlichen Verhältnissen in ihren Mauern hätte beherbergen müssen. Gottlob hat uns vor diesem Schwersten die Tapferkeit unserer Soldaten bewahrt. Wir werden ihnen ewig dafür Dank wissen.

Der Fall von Essen.

In einem längeren Aufsatz „Aus Westfalen" veröffentlicht Dr. Friedrich Jacobsen in der D. Ztg. neben anderen bemerkenswerten Einzelheiten aus den Schreckenstagen im Ruhrgebiet das Ergebnis seiner Feststellungen (Tagebuch-Notizen) über den Fall von Essen, die er auf einer mehrtägigen Erkundungsreise in der Unterhaltung mit den Behörden und Personen aus allen Volkskreisen gemacht hat.

Gleich nach Bekanntwerden des Kapp-Putsches bildete sich, so schreibt der Verfasser, in Essen angeblich zur Unterstützung des Oberbürgermeisters ein dreiköpfiger Aktionsausschuß, bestehend aus je einem Mitgliede der Mehrheitsparteien. Lichtschlag und Hasenclever sind bei Dortmund und Wetter aufgerieben, bezw. gefangen genommen, Dortmund ist „erobert", Gelsenkirchen fällt am 18. März. Am gleichen Tage telephoniert Severing aus Münster auf die Meldung, daß von allen Seiten Rote im Anmarsch seien: Essen müsse unter allen Umständen gehalten werden. Die grüne Sicherheitspolizei von Essen, für deren todesmutiges, aufopferndes Verhalten kein Wort des Lobes zu viel ist, Männer von eiserner Disziplin und Entschlußkraft, fast alle Träger des Eisernen Kreuzes 1. Klasse, sind seit dem 13. März fast ununterbrochen im Dienst und erschöpft. Das Freikorps Schulz, eine Elitetruppe der Reichswehr, im benachbarten Mülheim stehend, bietet Hilfe an. Die wird abgelehnt, weil (am 18!) die Truppe kappverdächtig sei. Die rote Flut wälzt sich näher und näher heran, und am 18. nachmittags finden schwere Kämpfe im Vorort Stoppenberg statt. Der Polizeipräsident beruhigt die Gemüter: es sei nicht der mindeste Grund zur Beunruhigung vorhanden usw. Der Morgen des 19. bringt noch eine Bekanntmachung des vom Polizeipräsidenten eingeladenen Vollzugsausschusses der Mehrheitsparteien, daß „die Sicherheit der Stadt auf jeden Fall durch die vorhandenen polizeilichen Kräfte gesichert" sei. Eine halbe Stunde später hallen Rathausplatz, Kettwiger Straße und Bahnhofsplatz (an dem die Hauptpost liegt) wider von rasendem Gewehr-, Maschinengewehr- und Handgranatenfeuer, und wieder zwei Stunden später erscheint im eroberten Rathaus der Generalissimus der Roten, Herr Lehrer Stemmer aus Witten, mit einer weißen Flagge und verhandelt wegen der Uebergabe der Stadt. Nach vier Stunden nach dem Uebergabe-„Vertrag" wurden die 25 heldenmütigen Verteidiger des Wasserturms in bestialischer Weise hingeschlachtet. 18 Mitglieder der Einwohnerwehr, 25 der grünen Sicherheitspolizei sind gefallen, ungezählte Bürger, Beamte und Arbeiter verwundet und zu Krüppeln geschossen.

An die wüstesten Bilder aus der Revolutionsgeschichte aller Zeiten erinnern die Berichte von Augenzeugen über die Oeffnung der Essener Strafgefängnisse. In langem Zuge, durch scherzhafte und rohe Zurufe von den Roten begrüßt, kommen sie daher, Männer und Weiber, letztere zum Teil krank und verseucht. Ein Teil von ihnen trug schon Gewehre beim Verlassen der Gefängnisse und Zuchthäuser und Handgranaten im Strick, der das Koppel ersetzen muß. Einige sind noch in Sträflingskleidern, andere — es sind im ganzen an die tausend Männer und Weiber — sind schon mit „requirierten" Sachen notdürftig ausstaffiert. Die meisten Damen genieren sich nicht im mindesten, sich im Freien, auf dem Marktplatz, umzuziehen. Sie wurden Mitkämpferinnen, Munitionsträgerinnen und — Krankenschwestern. Man stelle sich vor — —! An der Spitze des Zuges marschieren die zwei Mal zum Tode verurteilte Raubmörder Gebrüder Fleischer.

Jetzt hat alle diese Herrschaften, mitsamt ihren Befreiern, scheinbar der Erdboden verschlungen.

Kann man die Angst der rheinisch-westfälischen Bevölkerung vor einer Armee begreifen, die solche Bundesgenossen hat?

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klingspor 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brückerweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 54, sämtlich in Siegen.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Juni und Juli die Wochenschrift

„Der Beobachter"
(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Postschalter abholen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

Deutsche Volkspartei
Siegen.

Geschäftsführer: **P. Nitschke.**
Geschäftsstelle: **Brüderweg 1.**

Fernsprecher 1442.

Geschäfts-Empfehlung.

Empfehle mich zur **Anfertigung** von **Geschäftsbüchern jeder Art** und für alle ins Fach schlagenden Arbeiten. **Einrahmen von Bildern** sauber u. staubdicht. **Runde und ovale Rahmen auf Lager.** Fertig gerahmte **Kunstblätter** in großer Auswahl.

Lieferung von Stempeln zu Tagespreisen.

Joh. Müller, Buchbinderei,
Siegen, Grüner Pfuhl Nr. 5.

Wennemar Gatermann,

Koblenzer Str. 6 **Siegen i. W.** Koblenzer Str. 6.

In erstklassiger Friedensqualität
liefere ich
sämtliche Lacke, Farben, Oele und Leinölkitt
für Handel, Industrie und Gewerbe.

Emil Neu
Löhrstrasse 21
Neu

Einrahmung u. Kunsthandel

Ständiges Lager in
gerahmten und ungerahmten Bildern u. Bilderleisten.

Zu **Abschlüssen** von **Lebens-** und **Renten-Versicherungen.** Versicherung gegen **Feuer, Einbr.-Diebstahl** und **Beraubungsschäden, Einzel-** und **Kollektiv-Unfall-, Haftpflicht-** und **Automobil-Versicherungen. Transport-** und **Reise-Versicherungen, Maschinenbruch** sowie **sämtliche andere Versicherungsarten** empfiehlt sich

Friedrich Schwunk,
Haupt-Agentur erstkl. Gesellschaften
Marburger Tor 32. — Fernsprecher 664.

Stabeisen

in handelsüblichen Längen

Flacheisen 30/5, 30/6, 40/5, 40/6, 45/6, 50/6, 50/10, 50/15 60/13 mm,
Winkeleisen 40/5, 50/6, 60/7, 65/9 mm,
I-Eisen, N. P. 5, je mehrere Tonnen,
Bleche 1×2 m, 1½, 2, 1250/2500×2½, 4½, 4, 5 mm
billigst abzugeben. [42

Verkauf auch in kleinen Posten und Einzelversand.

Schriftliche Anfragen unter U S 42 an die Geschäftsst. d. Z.

Matheus Schmidt & Co.,

Hofweinkellereien,
Hauptbüro Trier a. d. M.

Bingen a. Rh.
Schmidtstr. 95.

Trier a. d. M.
Petrusstr. 11, 12 u. 23,
Palmatiusstraße 4 u. 5.

Vertrauenswerter Einkauf
für
Mosel-, Saar- und Ruwer-Weine,
Rhein- und Rotweine.

Reichhaltiges Lager versandfertiger Flaschenweine in ausgesuchten Qualitäten von M. 15.— ab per Flasche bis zu den feinsten Kreszenzen.

Sämtliche deutsche Schaumweine u. Champagner
Hauptniederlage in Trier der Duhr-Riesling-Schaumweine.
Verkauf 42.—, 45.—, 59.— M. ohne Steuer.

Obstschaumweine
zu billigsten Tagespreisen. (372)

Tüchtige Vertreter
gegen hohe Provision gesucht.

Feldmann-Werke

Feldmann
Fernsprecher 42 u. 62.
Telegr.-Adr. Feldmannwerke
Soest

Konzernfirmen Berlin, Dortmund, Hamm, Siegen, Amsterdam Holland

---

Reparatur-Werkstätte

für Automobile, Bereifungen, Magnete und Vergaser

Gummi- und Ersatzteil-Lager.

Feldmann-Werke Siegen

Fernruf 193. Oststraße 113.

Ia Apfelwein

im Faß und Flaschen, äußerst preiswert abzugeben.

Gustav Hamm,
Niederlahnstein. Tel. 135.

Für Gastwirte!

Automat-Grammophon
mit Geldeinwurf und Platten steht für 450 M zu verkaufen
†720, **Betzdorf,** Mittelstr. 12a.

Sämtliche Reparaturen
an
Kraftfahrzeugen all. Systeme

auch stationären **Motoren** und **Bereifungen**
werden übernommen unter schnellster Ausführung und billigster Berechnung. Auch werden **auswärtige** Arbeiten an stationären Motoren und Maschinen aller Art, auch **Personenfahrten** übernommen. 258

An- und Verkauf von Kraftfahrzeugen und Bereifung.

Automobil- und Motorenwerk — Vulkanisier-Anstalt

Fritz Krüger, Siegen

Wiesenstraße 11. Fernsprecher 1283.